

Verhalten bei Unfällen mit Krankenkraftwagen

1. Vorschriften

Rettungsdienstpersonal (§ 3), das an einem Verkehrsunfall beteiligt ist, hat die Vorschriften der §§ 142 StGB (Unerlaubtes Entfernen vom Unfallort) und 34 StVO (Unfall) genau zu beachten. Beteiligt ist jeder, dessen Verhalten, unabhängig vom Verschulden, nach den Umständen zu dem Unfall beigetragen haben kann, das heißt, dessen Mitverursachung möglich erscheint. Das kann neben dem Fahrer auch für den Beifahrer oder im Rettungseinsatz auf der Straße befindliches Personal zutreffen. Folgende Pflichten sind besonders wichtig:

2. Anhalten

Nach einem Verkehrsunfall hat der Fahrer unverzüglich zu halten und sich über die Unfallfolgen zu vergewissern. Über die Frage des eigenen Verschuldens an dem Unfall sollen keine Äußerungen gemacht werden.

3. Erste Hilfe für Verletzte

Sind bei einem Unfall Personen verletzt worden, so hat die Besatzung des Krankenkraftwagens die Verletzten zu versorgen. Bei Bedarf sind für die Versorgung und den Transport der Verletzten weitere geeignete Rettungsmittel anzufordern. Die Rettungsleitstelle ist von dem Unfall unverzüglich zu verständigen.

4. Sicherung des Unfallortes

Zur Vermeidung weiterer Unfälle ist der Verkehr zu sichern. Dazu ist Warnblinklicht einzuschalten; außerdem sind Warnzeichen in ausreichender Entfernung aufzustellen (§ 15 StVO). Nach Möglichkeit sind am Fahrbahnrand unter Beachtung der gebotenen Vorsicht auch Warnposten aufzustellen. Diese Maßnahmen sind besonders dringlich bei Dunkelheit und Nebel.

Bei nur geringfügigem Schaden ist der Krankenkraftwagen unverzüglich beiseite zu fahren und die Straße zu räumen.

5. Verständigung der Polizei

Grundsätzlich ist bei jedem Unfall die Polizei herbeizurufen. Ergeben sich Anhaltspunkte dafür, dass der Unfall infolge des Genusses alkoholischer Getränke oder anderer berauschender Mittel verursacht worden ist, ist die Polizei davon zu verständigen. Diese kann erforderlichenfalls die entsprechenden Blutentnahmen veranlassen.

6. Beweissicherung

Schon vor dem Eintreffen der Polizei ist für die Sicherung der Beweise zu sorgen. Dabei ist folgendes zu beachten:

a) Die Stellung der Fahrzeuge im Augenblick des Unfalls ist festzuhalten. Falls die Fahrzeuge wegen des Vorrangs des fließenden Verkehrs nicht unverzüglich beiseite gefahren werden müssen (s. Nr. 4 Abs. 2), die Verkehrslage es zulässt und die Fahrzeuge nicht zum sofortigen Abtransport von Verletzten gebraucht werden, sollen sie bis zum Eintreffen der Polizei unverändert so stehen bleiben, wie sie beim Unfall gestanden haben. Ist das nicht möglich, so ist ihre Stellung durch Kreidestriche auf der Straße oder in sonstiger Weise zu bezeichnen.

b) Brems- und Fahrspuren sind zu erhalten

Durch Aufstellung von Warnzeichen und, wenn das ohne deren Gefährdung möglich ist, auch von Posten ist dafür zu sorgen, dass Brems- und Fahrspuren nicht durch nachfolgende Fahrzeuge verwischt werden.

c) Feststellen von Tatzeugen

Sind Tatzeugen vorhanden, so ist deren Name und Anschrift aufzuschreiben, damit sie der Polizei und dem Gericht namhaft gemacht werden können.

d) Unfallskizze

Vom Unfallort und Hergang des Unfalls ist eine Skizze anzufertigen.

e) Feststellung des Unfallgegners

Der Fahrer muss sich bei jedem Unfall über die anderen Unfallbeteiligten informieren und zu diesem Zweck feststellen:

Polizeiliches Kennzeichen der beteiligten Fahrzeuge, Namen und Anschrift der Fahrer, Namen und Anschrift der Halter, Namen und Anschrift der Haftpflichtversicherung und möglichst die Nummer des Versicherungsscheines.

f) Besichtigung des Sachschadens

An Ort und Stelle ist möglichst im Beisein von Zeugen der eingetretene Sachschaden zu besichtigen. Wird der Unfall von der Polizei aufgenommen, so sollte sie gebeten werden, sich bei der polizeilichen Niederschrift auch zum Sachschaden zu äußern.

g) Unfallspuren am Unfallort

Unfallspuren am Unfallort (Bremsspuren, Glassplitter, Spuren am Fahrzeug usw.) dürfen nicht beseitigt werden; auch dürfen nach einer etwaigen Entfernung vom Unfallort keine Maßnahmen ergriffen werden, um nachträgliche Feststellungen zu vereiteln.

7. Auskunftspflicht

Das an einem Verkehrsunfall beteiligte Rettungsdienstpersonal muss sich als solches gegenüber anderen am Unfallort anwesenden Beteiligten und Geschädigten zu erkennen geben. Darüber hinaus müssen Namen, Anschrift und Haftpflichtversicherung angegeben sowie Führerschein und Fahrzeugschein vorgewiesen werden.

8. Wartepflicht

Die Anwesenheitspflicht besteht solange, bis es den anderen Beteiligten und Geschädigten möglich ist, Personen, Fahrzeug und die Art der Beteiligung des Rettungsdienstpersonals festzustellen.

Jedes unberechtigte Entfernen vom Unfallort kann zur Bestrafung führen, unabhängig von der dabei verfolgten Absicht. Zulässig ist die Entfernung z. B., wenn das Rettungsdienstpersonal selbst dringend auf ärztliche Hilfe angewiesen ist oder wenn Verletzte ins Krankenhaus gebracht werden müssen. Sind keine Personen anwesend, die bereit sind, Feststellungen über den Unfall zu treffen, so ist am Unfallort eine den Umständen angemessene Zeit zu warten. Die Länge der Wartezeit richtet sich jeweils nach den Umständen des Einzelfalles; bei bloßen Sachschäden ist sie geringer als bei Personenschäden oder gar tödlichen Unfällen.

Nach Ablauf der Wartezeit kann sich das Rettungsdienstpersonal vom Unfallort entfernen, wobei aber Name und Anschrift zu hinterlassen sind.

9. Nachträgliche Meldepflicht

In jedem Fall, in dem sich das Rettungsdienstpersonal in nicht strafbarer Weise vom Unfallort entfernt hat, ist es verpflichtet, nachträgliche Feststellungen über das Unfallgeschehen zu ermöglichen. Dazu hat es unverzüglich entweder, wenn dieser bekannt ist, dem Berechtigten selbst oder einer nahegelegenen Polizei seine Beteiligung am Unfall, Anschrift, Aufenthalt, das Kennzeichen und den Standort des Fahrzeuges mitzuteilen und dieses für Feststellungen bereitzuhalten.

Spätere Maßnahmen

Unfälle sind unverzüglich der Versicherung zu melden. Einzelheiten und weitere Maßnahmen regeln organisationsinterne Bestimmungen.